

Die Volksstimme  
erscheint täglich mit Ausnahme  
der Tage nach Sonn- und  
Feiertagen.  
Verantwortlicher Redakteur:  
Franz Bethge, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil:  
Karl Lanfau, Magdeburg.  
Verlag von W. Harnau,  
Magdeburg-Neustadt.  
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6  
Druck von S. Arnoldt,  
Magdeburg  
Fernsprech-Anschluß  
Nr. 1567, Amt I.

# Volksstimme

Pränumerando nach dem  
Abonnementpreis:  
Vierteljährlich inkl. Bringerlohn  
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.  
In der Expedition u. den Aus-  
gabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.  
zzgl. Bestellgeld.  
Eingelne Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zettdruckliste Nr. 7242.  
Inserationsgebühr 15 Pf.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 33

Magdeburg, Sonnabend, den 8. Februar 1896.

7. Jahrgang.

### Die Antwort auf die Rede des Professors Sohm.

(Rede des Reichstags-Abgeordneten Frohme in  
der Sitzung vom 6. Februar 1896.)

Bisher haben über den Entwurf vorwiegend Juristen  
gesprochen, und doch kann gerade über Tendenz und sozial-  
politische Bedeutung des Entwurfs der Laie ein viel maß-  
gebenderes Urteil abgeben als der Berufsgelehrte. (Sehr  
richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will gegenüber  
den gestrigen Angriffen vom Regierungstisch die prinzipielle  
Stellung meiner Partei rechtfertigen und zwar im Auf-  
trage meiner Fraktion, wie es auch mein Freund Stadthagen  
gethan hat. Man spricht von einer nationalen  
Begeisterung für dieses Werk und konstruiert die Phrase:  
ein Reich, ein Herr, ein Recht. Hier und da mischt sich  
in die Beurteilung dieser Sache eine recht starke Dosis  
nationaler Eitelkeit ein. Man legt darauf Wert, daß das  
bürgerliche Gesetzbuch gerade jetzt zu Stande kommt, um  
dem eben stattgehabten Jubiläum des Deutschen Reiches  
erst die rechte Weihe zu geben. Nach meinen Beobachtungen  
glaube ich behaupten zu können, daß die große Masse der  
Nation dem vielberufenen großen Werke ziemlich kühl  
gegenübersteht, insbesondere auch deshalb, weil sie noch  
wenig über den Inhalt weiß. Es fehlt auch diesem  
Werk die einzig richtige Basis, die einheitliche Rechtsidee.  
Man ist sich hier über die grundlegenden, leitenden  
Prinzipien vollständig uneinig. Auf der einen Seite  
sehen die Interessen des mobilen, auf der anderen  
die des immobilien Kapitals; liberale, konservative und  
ultramontane Anschauungen ringen miteinander. Staats-  
sekretär Nieberding meinte, das neue Recht müsse auf-  
gebaut werden nach Gründen der Zweckmäßigkeit ohne  
Vorliebe für angestammte, hergebrachte Begriffe. Diese  
Zweckmäßigkeit bezieht sich aber lediglich auf die Inter-  
essen der herrschenden Klassen und Stände. Das natio-  
nale Bewußtsein der Massen steht weit entfernt von dem,  
was die Vertreter der herrschenden Interessen wollen.  
Man hört jetzt so viel nach dem germanischen Recht rufen.  
Was hat das für einen Sinn, das ist die reine Phrasen-  
logie. (Abg. Singer: Sehr richtig!) Ich bin überzeugt,  
daß, wenn man einmal anfangen würde, auf das alte  
germanische Recht zurückzugreifen, wenn man es ernst  
meinte, es neu zu gestalten, wir sehr, sehr vieles nicht  
haben würden, was gerade diese Herren als die Grund-  
lage der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung  
überhaupt betrachten: das erbliche Fürstentum und was  
damit zusammenhängt.

Ich wende mich zu den Ausführungen des Prof.  
Sohm. Nach den Ausführungen des Geh. Rats Planck,  
die von tiefer Sachlichkeit und ebenso von tiefer Gesinnung  
getragen waren, machten die Ausführungen des Prof.  
Sohm einen eigentümlichen Eindruck, und nicht bloß hier  
im Hause. Der geehrte Herr hat der Sache mehr ge-  
schadet, als es so andere Redner hätten thun können.  
Der Herr Professor setzte sich gestern in Widerspruch mit  
den Ausführungen, die er uns in seiner uns zugegangenen  
Brochure über den Entwurf zu lesen gegeben hat. Hätte  
er gestern geschwiegen, er wäre vielleicht ein Weiser ge-  
blieben. In seiner Brochure sagte er: es versteht sich  
von selber, daß der Entwurf, wenn wir den Maßstab des  
Ideals anlegen, um ein Beträchtliches minderwertig da-  
steht. Die Kodifikation giebt notwendig Unvoll-  
kommenes, Gemachtes, in der Studierstube Erzeugtes, von  
des Gedankens Blöße Angekränktes, fabrikmäßig auf  
Vorrat Gemachtes (Hört! hört! links), und er fährt fort:  
so auch unser Entwurf. Er wird des sorgfältigsten Be-  
suches des Arztes, genannt Gesetzgeber, nicht entzaten  
können. Der geehrte Herr hat von dem Gesetzgeber eine  
ganz seltsame Auffassung. Er meinte, die Menge der  
Gesetzgeber müßte die Befähigung dazu entweder mit-  
bringen oder aber — was denn? Er sagt weiter unten  
auf derselben Seite: Die Pflicht giebt uns das Amt und  
das Amt muß uns den Verstand geben. (Weiterkeit  
links.) Ich bin leider nicht in der Lage, konstatieren zu  
können, daß der Herr Professor Sohm in Rücksicht auf seine  
ökonomischen sozialpolitischen Ausführungen diesen seinen  
eigenen Satz gestern bestritten hätte. Gegenüber diesen  
Ausführungen des Herrn Professors Sohm über die soziale  
Frage kann ich auf eine Reihe von Männern verweisen,  
die in dieser Frage mindestens das Ansehen genießen, das  
Sohm glaubt in Anspruch nehmen zu können. Er glaubt  
uns dahin belehren zu können, daß die Arbeiterfrage nichts  
anderes sei, als das Streben nach höherem Lohn. Die  
deutschen Professoren haben schon mehrfach dargelegt, daß  
sie von der sozialen Frage und der Arbeiterfrage nichts  
verstehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)  
Niemand darf sagen, daß ein ausgeprochener Sozial-  
demokrat ein böser Umstürzler ist, dem es lediglich darauf  
ankommt, das oberste zu unterst zu kehren. Die Rede  
des Herrn Professors Sohms machte den Eindruck, als

ob er in seinem Bewußtsein vor einem Studentenkommers  
stehe und es hat nur noch das „Hip, hip, hurra!“ ge-  
fehlt. (Weiterkeit.) Friedrich Albert Lange sagt, kein  
Minister, kein Parteiführer habe die Arbeiterfrage gestellt,  
sondern sie habe sich aus den allgemeinen Verhältnissen  
mit Notwendigkeit selbst entwickelt und sich allmäh-  
lich so allgemein der Gemüter bemächtigt, daß man sie  
als eine Zeitfrage ersten Ranges ansehen müsse. Die  
Armut, die extreme Armut sei das Mittel der ganzen  
wirtschaftlichen Bewegung. Und er weist darauf hin, daß  
die Arbeiterfrage stets im engsten Zusammenhang mit der  
ganzen großen sozialen Frage erfaßt werden müsse und  
bei dem Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches nicht neben-  
sächlich sei. Die Arbeiterfrage ist eine Erscheinungsform  
der allgemeinen sozialen Frage, welche in unserem Zeitalter  
die dominierende ist, und die Sozialreform wird zur  
Lebensfrage der modernen Völker Europas werden. Herr  
Professor Sohm allerdings ist der Ansicht, daß man die  
Arbeiterfrage vorläufig vertagen müsse, die agrarische  
Frage sei die wichtigere. Wenn ich boshafter wäre als  
ich bin, so würde ich die Sozialdemokratie zu dieser Weis-  
heit beglückwünschen; wenn es wahr wäre, daß es der  
Sozialdemokratie auf den Umsturz ankäme, auf die Steige-  
rung der Unzufriedenheit, dann möchte ich wünschen, die  
regierenden, die maßgebenden Kreise eigneten sich diese  
Weisheit des Herrn Professors Sohm an. Mit seinen  
deplazierten Redensarten hat er der Sache, die er ver-  
tritt, nicht gedient. Bei passender und unpassender Ge-  
legenheit wird immer wieder erklärt, daß wir Umstürzler  
der ganzen bestehenden Rechtsordnung feindlich gegenüber-  
stehen. Auch Herr Professor Sohm hat das gethan und  
damit bewiesen, daß er von den Tendenzen der Sozial-  
demokratie und deren Entwicklung nichts versteht. Die  
bestehende Rechtsordnung wird von den herrschenden  
Klassen als die beste angesehen, die es geben kann. Die  
herrschenden Klassen haben noch immer den Erbfehler,  
daß sie meinen, der wirtschaftliche und politische Zustand,  
der existiert, der ihrem Interesse entspricht, sei der denkbar  
beste und darüber hinaus könne es nichts Besseres geben.  
Das ist eine Thorheit. Wir sind keine geschworenen Feinde  
der Rechtsordnung, mit der wir uns beständig, vielleicht mehr  
als irgend eine andere Partei, abzufinden haben. Wir wissen,  
daß sie nicht der Willkür einzelner entspricht, sondern daß  
sie ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung darstellt,  
und vernünftige Menschen stellen sich immer solchem  
Ergebnis nicht in dem Sinne feindlich gegenüber,  
wie man uns imputieren möchte. Wir erklären nur:  
Diese Rechtsordnung bedeutet nicht die Höhe der kulturellen  
und sittlichen Entwicklung; an ihre Stelle muß eine  
bessere Rechtsprechung treten. Möchte man sich doch  
endlich einmal an den sog. maßgebenden Stellen abge-  
wöhnen, zu behaupten, es käme der Sozialdemokratie  
auf den gewaltsamen Umsturz der Reichs- und Staats-  
ordnung an. Mit dem Streben nach der Entwicklung  
zu höheren sozialen und politischen Rechten befinden wir  
uns in guter Gesellschaft. Es giebt Professoren, die auch  
Herr Professor Sohm wird gelten lassen und die genau  
auf demselben Standpunkt stehen. Redner verliest ein  
langes Citat von Professor Rudolf von Jhering, worin  
es heißt:

Die Quelle des positiven Rechts sei nichts anderes als die Macht,  
das Resultat sei der Sieg des Stärkeren über den Schwächeren; der  
Sieger schaffe sich das Recht, das seinem Urteil entspricht, ganz  
unabhängig davon, daß ein Privilegium der Macht niemals die  
Natur des Rechts an sich bezeugen kann, sondern immer nur ein  
Unrecht voraussetzt; das Recht sei nur eine Erscheinungsform  
der Gewalt.

Ich könnte noch eine ganze Reihe solcher Aussprüche  
hervorragender Rechtslehrer anführen, was gerade in der  
gegenwärtigen Zeit sehr angezeigt sein würde. Bedeutet  
denn nun der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches einen  
Fortschritt im Recht und zur Gerechtigkeit? Diese Frage  
muß ich mit äußerster Entschiedenheit verneinen. Glauben  
Sie nicht, daß wir uns darüber wundern oder besonders  
aufregen, daß der Entwurf nicht anders geworden ist.  
Nein, der Entwurf konnte nicht anders werden, denn er  
mußte den Sonderinteressen der herrschenden Klassen ent-  
sprechen. Das Volk hat auch Verständnis dafür, wenn  
man hier auch noch so feierlich und nachdrücklich versichert,  
es sei auf die Gleichheit im Recht abgesehen. Bei vor-  
urteilloser Prüfung kommt man zu der Ueberzeugung,  
daß von einer Anbahnung der Rechtsgleichheit nicht ein-  
mal die Rede sein kann, geschweige denn von der Rechtsg-  
leichheit selbst. Die Volksseele versteht die Unmündigkeit  
von der Einheitlichkeit und Gleichheit in diesem Rechte  
ganz und gar nicht. Herr Professor Sohm glaubte einen  
besonderen Trumpf damit auszuspielen, daß er sagte, der  
Arbeiterstand solle von der sozialdemokratischen Schulbank  
zur bürgerlichen Freiheit kommen.

Große Teile des die Bildung repräsentierenden deut-  
schen Volkes werden durch die Bemühungen der Sozial-

demokratie von der unmaßgeblichen pastoralen und pro-  
fessoralen Schulbank hinweggezogen und der Erkenntnis  
des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit entgegengeführt.  
Herr Professor Sohm sagt, rücksichtlich des Vereinslebens  
mache der Entwurf einen wesentlichen Fortschritt, und be-  
merkt dazu: mehr kann man nicht verlangen. Ja, mehr  
kann man nach den sonstigen unmaßgeblichen Sätzen des  
Herrn Professors von ihm nicht verlangen, als daß er  
das für maßgebend hält.

Es wäre erforderlich gewesen, das gesamte öffentliche  
und private Vereinsrecht neu zu gestalten entsprechend  
dem freiheitlichen Geiste, aber hier ist ein Werk  
geschaffen, das nicht nur nicht einen Fortschritt gegenüber  
dem in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Recht,  
sondern vielmehr einen erheblichen Rückschritt gemacht hat.  
Die Auffassung des Herrn Professors Sohm in dieser  
Frage steht im Widerspruch zu derjenigen einer ganzen  
Anzahl hervorragender Rechtslehrer. Er hat sich auf  
Herrn Professor Czerke berufen, ich berufe mich auch auf ihn  
dafür, daß dieses Vereinsrecht unannehmbar ist. Das  
haben auch auf dem Deutschen Juristentag ganz hervor-  
ragende Repräsentanten der deutschen Juristenwelt aus-  
gesprochen, so der Professor Leonhard aus Marburg und  
Professor Cierke. Man hat versucht, das hier konstruierte  
Vereinsrecht dem Konzeptionsystem zu unterwerfen, und  
da muß ich mich doch wieder einmal an dem Vaterland  
des Herrn v. Buchka reiben. (Weiterkeit links.) Die Pro-  
tocolle weisen nach, daß gerade die mecklenburgische Re-  
gierung auf dem Plan erschien, um ein geradezu unerhört  
reaktionäres System auf diesem Gebiet einzuführen. Sie will  
die Rechtsfähigkeit der Vereine überhaupt illusorisch machen;  
sie will, daß bei der Bestimmung der Voraussetzungen  
der Zulassung eines Vereines die Möglichkeit in Rücksicht  
gezogen wird, daß die Zulassung ohne Mitwirkung der  
Gerichte, allein durch die Staatsbehörde zurückgewiesen  
werden könnte. Herr Professor Sohm hätte besser ge-  
than, sein Lob nicht auszusprechen, denn es ist gänzlich  
unbegründet. Er hat gesagt, daß ein Tropfen soziales  
Del in die Vorlage geträufelt sei; ich habe gefunden, daß  
das ein Tropfen recht ranzigen Oeles ist.

Auf die Frage des Arbeitsvertrages will ich nicht  
näher eingehen, sondern nur betonen, daß die darauf bezüg-  
lichen Ausführungen meines Freundes Stadthagen offenbar  
nicht verstanden sind. Näher eingehen will ich auf das  
Familienrecht. Das Institut der unehelichen Kinder hat  
die viel berufene christliche Kultur von dem Heidentum  
übernommen, und den unehelichen Kindern das Stigma  
der Sünde aufgeprägt. Im vorigen Jahrhundert, dem  
des Absolutismus, machten sich sogar in Regierungskreisen  
Bedenken geltend darüber, daß man die unehelichen Kinder  
als Parias der Gesellschaft behandelte. Nach dem Gesetzbuch  
Josephs II. war ein uneheliches Kind vollständig  
ebenbürtig einem ehelichen. Der Code civil entfernte  
sich noch weiter von der Natur als das römische Recht.  
Der Entwurf stellt sich mit dem Code auf den Stand-  
punkt, daß die Sittlichkeit gehoben wird, wenn das  
Gesetz die Folgen der unehelichen Kindererzeugung  
allein der Frau aufbürdet. Zwischen einem unehelichen  
Kinde und seinem Vater soll nach dem Entwurf  
keine Verwandtschaft bestehen. Da wird der Sittlich-  
keit geradezu Hohn gesprochen und das an seinem Daßem  
unschuldige Kind in unerhörter Weise gebrandmarkt.  
Solches Kind hat überhaupt keinen Vater, sondern  
nur einen Alimentationspflichtigen. Die Mutter, die  
sich später verheiratet, hat keine mütterlichen Rechte  
mehr, wohl aber die Pflicht, für die Person des Kindes  
zu sorgen. Der Vater mag noch so wohlhabend sein, er  
zahlt seine geringen Alimente und hat im übrigen mit  
gesetzlicher Sanktion — sich um sein Kind nicht zu  
kummern. So wird das natürliche Recht mit Füßen ge-  
treten. Das nennt man Sittlichkeit! Das nennt man  
Hebung der Sittlichkeit. Wir werden eine ganze Reihe  
von Abänderungen vorschlagen, als wichtigste unter anderen,  
daß das uneheliche Kind den Namen des Vaters erhält  
und nur dann den der Mutter, wenn der Name des  
Vaters nicht festgestellt werden kann. Man stellt die  
Sozialdemokraten immer als Repräsentanten der freien  
Liebe hin. Das sollte man unterlassen. Repräsentant  
der freien Liebe ist die bürgerliche Gesellschaft, die sie zu  
vertreten die Ehre haben. Wir wissen und das Volk  
auch, daß in den sogenannten maßgebenden Kreisen die  
Ehe nichts anderes ist als die rechtlich bemantelte Prostitution.  
(Beifall bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Als der Code civil eingeführt wurde, befand sich die  
bürgerliche Gesellschaft im Aufstreben, in der Entwicklung.  
Dieses Gesetzbuch trägt eine Gesellschaft, welche in der  
Abwirthschaftung begriffen ist, und schon deshalb kann es  
nicht die historische Bedeutung gewinnen wie f. S. das  
Preussische Landrecht. Dieses Gesetzbuch bildet nicht die  
Grundlage einer gesunden Rechtsentwicklung, denn es ver-



schleßt sich den berechtigten sozialen Forderungen der Gegenwart. Dieses Gesetzbuch soll auch die Basis abgeben für die Entwicklung eines Völkerrichts, eines internationalen Rechts. Nun wohl: wir werden Sie später auch auf die Probe stellen und wollen dann sehen, ob Sie sich wieder hinter Ausflüchten verstecken, wie es der Abg. Emmerich bezüglich der Gefinde-Ordnung gethan hat. Das Volk, das Volksbewußtsein ist die Quelle des Rechts, und verlassen Sie sich darauf: mit dem Augenblicke, wo die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der bestehenden Rechtsordnung in die breiten Massen des Volkes eingebracht ist, wo die höhere Rechtsidee die Massen beherrscht, da wird es aus sein mit diesem Recht und dieser Rechtsordnung. Also schaffen Sie es nur: desto leichter und einfacher wird der Uebergang in die höhere Rechtsidee werden! (Beifall bei den Sozialtraten.)

**Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.**

**Als ein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht** wird die vom sächsischen Landtag geplante Einführung des Dreiklassenwahlsystems mit indirekter Wahl betrachtet. Man will die Sozialdemokratie tot machen, aber es wird nicht gelingen. Wie die Boffische Zeitung schreibt, wird das Vorgehen Sachsens die Reihen der Sozialdemokratie verstärken, wird Wasser auf deren Mühlen schenken. Aber nach diesem Vorstoß wird man überall in Deutschland schwerere Sorge denn je zuvor tragen, daß auch das **Wahlrecht für den Reichstag in Gefahr sei**, und diese Sorge wird von wesentlichem Einfluß auf das ganze politische Leben und namentlich auf die nächsten Wahlen sein. Das Volk, soweit es auf dem Boden der geltenden Verfassung steht, das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht nicht angetastet wissen will, hat sich aufzuraffen und die sächsischen Brüder in ihrem Kampfe für Erhaltung des geltenden Wahlrechts zu unterstützen. Diese Frage ist nicht mehr Parteifrage, sie interessiert mehr oder minder alle Parteien — ganz besonders aber die Klasse der Unbemittelten. Und wenn diese zuerst auf den Kampfplatz tritt, wenn sie offen ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben will, so sollten alle, aber auch alle, denen nichts an einer Entrechtung der Unbemittelten liegt, sich dem Proteste derselben anschließen. Die sozialdemokratische Arbeitergesellschaft Magdeburgs wird durch ihren Vertrauensmann aufgefordert, am Sonntag nachmittag im großen Saale des Ruffenpark gegen die Wahlentrechtung in Sachsen zu protestieren. Arbeiter, Handwerker, Bürger! Der Protest muß ein gewaltiger werden. **Hoch das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht!**

Wie die Boffische Zeitung in einem **die Politik der Konservativen** besprechenden Artikel hervorhebt, sehen die Fremden des Herrn v. Stamm die Zeit gekommen, wo die sozialpolitische Gesetzgebung endlich beiseite gethan und durch Gewaltthat und Ausnahmemaßregeln ersetzt wird. Wir wiederholen, daß in der Thronrede diese Politik mit keinem Worte berührt wird. Die Parteien, welche das Ansehen der Regierung zu heben vorgehen, erweisen nach unserer Meinung der Regierung einen schlechten Dienst. **Edt patriotisch!**

Die große **Meinung der Volksvertreter** hat es nicht der Mühe wert gehalten, der ersten Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches beizuwohnen, besonders häufig waren diejenigen Parteien vertreten, deren Interessen durch den Entwurf gewahrt werden. Nur die Sozialdemokratie war zahlreich auf dem Posten! Die gegenwärtige Oede im Reichstage ist zu einem öffentlichen Standal geworden. Während kaum 60 oder 100 Volksvertreter im Reichstage während der Beratung dieses für das deutsche Volk so wichtigen Entwurfs anwesend waren, glaubte die Mehrheit der Volksvertreter nicht fehlen zu dürfen, bei dem **Empfangsabend des Reichstanzlers**. Bürgerliche Blätter berichten hierüber:

„Mit Ausnahme natürlich der Sozialdemokraten“, schaltete höflich das bürgerliche Blatt ein, dem wir diese Mitteilung verdanken. Natürlich! Natürlich! Die Sozialdemokraten haben sich solchen Gelegenheiten fern, sie erfüllen ihre Pflichten im Auftrage ihrer Wähler gewissenhaft, und kein Mensch vermag sie hieran abzuhalten — sie widerstehen allen Versuchen, mit der bürgerlichen Gesellschaft von gestülten Hüften oder von Speise und Trank ihrer brechenden Leiden zu essen. Das arbeitende und werthwürdige Volk wird die Abhängigkeit der bürgerlichen Volksvertreter zu würdigen verstehen und zu gegebenen Zeiten mit dem richtigen Maße messen. Das Ansehen des Parlamentes wird durch die bürgerlichen Volksvertreter als geschädigt, sie würden sich nicht wundern über die Angriffe der Reaktion auf dieses Parlament.

**Das parlamentarische Diner beim Reichstanzler wurde von 200 Reichstagsabgeordneten besucht.**

**Die Antisemiten unter sich.**

Die antisemitischen Konservativen und die konservativen Antisemiten in dem hellen Sachsen plaudern jetzt aus Anlaß des Falles Schorlemer allerlei aus, was sonst nur unter den Brüdern geblieben ist. Es wird behauptet, daß die dem antisemitisch-konservativen Baron von Schorlemer zur Last gelegten Wechselfälschungen sich auf den Betrag von annähernd 80000 Mark erstrecken. Wie sächsische Blätter melden, hat der konservative Landesverein Sachsens die Absicht gehabt, „zur Regelung der Verhältnisse“ v. Schorlemer einen Betrag von 20000 Mark herzugeben, als es sich aber herausstellte, daß diese Summe auch nicht annähernd hinreichte, die Gläubiger zu befriedigen, soll davon Abstand genommen sein. v. Schorlemer war früher Offizier eines sächsischen Reiterregiments, mußte aber wegen Wechselfälschungen über Nacht seinen Abschied nehmen und nach Amerika flüchten, wo er abwechselnd als Droschkentischer, Dienstmann, Handwerker etc. sein Leben fristete. Da von einer Anzeige Abstand genommen war und seine Verwandten die sogenannten „gefährlichen Sachen“ aus der Welt geschafft hatten, so konnte Schorlemer vor einigen Jahren „unbehelligt wieder in sein Vaterland zurückkehren“. Er verheiratete sich mit einer angeblich feinsten Witwe und wurde von den sächsischen Konservativen mit offenen Armen empfangen, nachdem er gelobt hatte, gegen die Reformen, d. h. die „reinen Antisemiten“, den Krieg bis aufs Messer zu führen. „Das hat er denn auch nach Kräften gethan, alle Mittel, die Niedertracht und Stuppellosigkeit nur erfinden kann, hat er als konservativer Agitator gegen die Reformen angewendet und trägt die Hauptschuld an dem gehässigen Tone, der schließlich überhandnahm.“ Und er bezog in Sachsen als Ordnungshilfe, als Vorkämpfer für Religion, Sitte und Ordnung gegen den „Umsturz!“

**Belgien.**

Der Geile belge zufolge stießen zahlreiche Rekruten bei der Beerdigung statt des üblichen Rufes „Es lebe der König!“ allerlei revolutionäre Rufe aus. Die Regierung bereitet einen scharfen Gesetzentwurf gegen die sozialistische Propaganda im Heere vor. **Hm!**

**Frankreich.**

Herr Bourgeois hat sich entschlossen, den alten, aber weiland im Senat begrabenen Gesetzentwurf wieder hervorzuholen, der die Arbeitgeber mit zwei Monaten Gefängnisstrafe belegt, wenn sie ihre Lohnarbeiter wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft (einem Syndikat) belästigen oder entlassen. Bravo! Das ist zugleich eine Antwort auf den frechen Beschluß des Senats, der der Regierung zum Trotz und Trotz, das von der Deputiertenkammer auf Antrag der Regierung verworfene Gesetz, welches den Arbeitern der Staatsbetriebe das Koalitionsrecht rauben will, mit 159 gegen 82 Stimmen angenommen hat.

**Italien.**

Infolge der Erhöhung der Maß- und Gewichtssteuer revoltierten die Bauern in Sala. Bei dem Kampfe mit dem dorthin gesandten Militär wurde natürlich so eingehauen, daß vier Bauern getödtet und viele verwundet wurden.

**Spanien.**

Die Meldung, daß einer der Manifestanten, die bei der Ankunft des Marquis von Martinez Campos in Madrid diesen mit Pfeilen begrüßt hatten, von einem Gendarmen erschossen wurde, hat in der Bevölkerung hohe Aufregung hervorgerufen. Man fürchtet ernste Unruhestörungen. Die Regierung tritt daher bereits insgeheim Maßregeln. Der Marquis erklärte, die ihm von einem Journalisten in den Mund gelegten Aeußerungen, daß man Cuba schließlich die Selbstverwaltung einräumen solle, um überhaupt auf der Insel Ruhe zu bekommen, niemals gethan zu haben, und vorerhielt gegen die Veröffentlichung des fraglichen Interviews.

**Tages-Chronik.**

Magdeburg, 7. Februar 1898.

**Freunde des allgemeinen Wahlrechts!**

Impuls muß unter Protest gegen die sächsische Wahlverkümmung werden. Wir wollen nicht nur bekämpfen das sächsische Kartell auf das Volkrecht, sondern zugleich auch den Versuch der Bourgeoisie, unser Wahlrechtswahlrecht anzupöbeln. Seid auf dem Posten, Ihr Männer und Frauen, Jungfrauen und Jünglinge! Seid ruge, agitiert, kommunt Eure Aelternbrüder und -Schwestern zum Besuch der am Sonntag nachmittag 3 Uhr im Ruffenpark stattfindenden

**großen Protest-Verammlung.**

Jeder, der einen Funken Freiheitsliebe besitzt, dem das Volk's Wohl am Herzen liegt, der jede Gewaltthat verurteilt, wird sich dem Kampfe gegen den Raub der Volk'srechte durch die Bourgeoisie anschließen. Hoch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht! Nieder mit den reaktionären Bestrebungen!

Die Richter abgesetzt. In einem Prozeß der Stadt Magdeburg wider den Schenkwirt von Scharf auf Veranlassung der Sozialdemokratie des sächsischen Landtages hat die Magdeburger Jury Urteil, die beklagte Schenkwirt gegen die zur Entziehung des Brauwereins berechtigten Richter des Landtages in Magdeburg wegen Vergehens der Verhinderung ein Unrechtmäßiges erlassen, das nach Abweisung der sächsischen Regierung von dem Reichsgericht unter folgender Begründung zurückgewiesen wurde: Es kann nicht angenommen werden, daß die sächsischen Richter, die sich für die Richter in Magdeburg durch die im sächsischen Landtage beschlossene Verurteilung des Schenkwirts und des sächsischen Landtages persönlich ausgesprochen, die Unrechtmäßigkeit der in Magdeburg erlassenen Richter für die Verhinderung des sächsischen Brauwereins zu vertreten vermögen, und absonderlich ergehen es begreiflich, die sächsischen Richter gegen

den Umstand zu knüpfen, daß die sächsischen Abgaben, also auch davon auf die Richter in Magdeburg entfallenden Anteile, vorausichtlich vermehrt werden, wenn die klagende Stadt diesen Prozeß verlieren sollte. Es wird nicht verkannt, daß die Beklagte aus diesen Umständen die Befugnis einer Befreiung der Magdeburger Richter schöpfen konnte; aber das Gesetz läßt die Befreiung nur zu, wenn Grund vorliegt, der geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Richters zu rechtfertigen, was hier um so weniger anerkannt werden kann, als die abgetheilten Richter amtlich erklärt haben, daß sie sich selbst nicht für befangen erachten.

Die **Wahlkreise der Kaufmannschaft** haben sich mit einem Beschlusse zum Entwurf des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften an den Reichstag gewendet; sie beantragen, den Entwürfen nur dann die Zustimmung zu erteilen, wenn in Artikel 1 d. Worte: „Diese Beschränkung findet auf landwirtschaftliche Konsumvereine keine Anwendung“ gestrichen werden. In der Begründung führen sie aus, daß die landwirtschaftlichen Konsumvereine sich in nicht von den kaufmännischen unterscheiden, zumal da sie nicht Rohstoffe einkaufen-Gewerkschaften sind, sondern die gleichen Ziele wie die übrigen verfolgen, und daß somit die gleiche Rückwirkung auf den Handel eintritt. Die Wählerkreise könnten sich die Absicht des Entwurfs, die landwirtschaftlichen Konsumvereine zu schützen, nur aus jener Antinomie gegen den Handel mit Düngemitteln, Kraftfuttermitteln und Saatgut erklären, die seit einiger Zeit von gewissen landwirtschaftlichen Vereinigungen getätigt worden sei.

**Cießer hängen!**

Nachdem Nummer 31 der Volksstimme die Gründe angeführt, welche die Konfektionsarbeiter in Magdeburg abgehalten haben, in einen Streik einzutreten und die Redaktion der Volksstimme ihre Meinung zu dieser Gelegenheit geäußert, nimmt sich folgender der Sachsencha entnommener Artikel recht sonderbar aus; er lautet:

Die Bewegung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen beginnt in Magdeburg lebhafter Wellen zu schlagen. Wie wir hören, sind Freitag und Sonnabend ziemlich unbemerkt Flugblätter verteilt worden, welche das Signal zum letzten Zusammenschluß der beteiligten Kreise geben. So weit wir unterrichtet sind, die Führer dieser Bewegung, die sozialdemokratische Führung von der Bewegung fern zu halten. Und das ist infolgedessen sehr klug gehandelt, als die schwer bedrängten Schneider und Schneiderinnen sich sonst die Gunst vieler Volkskreise verschaffen würden. Und ohne diese geht es nicht. Kufen dem würde es sich auch komisch ausnehmen, wenn die sozialdemokratischen Führer jetzt mit einem Male den Kampf mit den vielen jüdischen Konfektionsfirmen aufnehmen sollten, von denen die sozialdemokratische Bewegung vielfach unterstützt worden ist und wird. Außerdem wird es den Führern immens schwer, unter dem Papsttum Singers den Sturm auf die angreifbaren Punkte zu lenken — ja, wenn sie auch möchten.

Auf die offenen und versteckten Gemeinheiten, die dieser Artikel birgt, gehen wir nicht ein. Von den organisierten Arbeitern Magdeburgs ist ja demnächst eine Versammlung geplant, welche sich mit der Bewegung der „bedrängten“ Schneider und Schneiderinnen beschäftigen wird, und der „sozialdemokratische Führer“ (es soll diesmal unser Genosse Schmidt sein) wird nicht verabsäumen, die Praktiken der Christen, der Juden und Antisemiten in das rechte Licht zu rücken. Unser Genosse wird auch ohne Rücksicht auf die „Unterstützung, welche jüdische Firmen der sozialdemokratischen Bewegung zu teil werden lassen“, ferner ohne Rücksicht auf das „Papsttum Singers“, das sagen was er zu sagen für notwendig erachtet. Daß das Gebahren der Antisemiten und deren Presse auch unter die Lupe genommen wird, steht für uns außer Zweifel. Wir knüpfen an diese paar Bemerkungen die Bitte, daß die Schneider und Schneiderinnen, welcher politischen Richtung sie auch angehören, die in Nummer 31 dieses Blattes ausgesprochenen Wünsche beherzigen, und sobald als möglich der Redaktion der Volksstimme das auf die Bewegung der Schneider etc. bezugnehmende Material einsenden. Wir bitten die Sachsencha, von diesem Entschluß Kenntnis zu nehmen und auch ihrerseits für den Besuch der geplanten Versammlung zu agitieren, damit die Lage der „bedrängten Schneider und Schneiderinnen“ offenkundig wird. Von der Sachsencha sind wir ja stets loyal behandelt worden und so hoffen wir, daß die Loyalität dieses Blattes die Unterstützung unserer Bestrebungen erheischt.

**Unfälle.** In der hiesigen althablichen Krankenkasse fanden Aufnahme die unversehrliche Luise F. aus Seebaußen, die bei der Arbeit an der Drehmaschine sich den linken Fuß gebrochen hatte, die unversehrliche Arbeiterin Bertha K., die sich in ihrer Wohnung eine Verbrennung des Gesichts und des Halses zugezogen hatte, und der Müller Johannes S., der bei der Arbeit auf einer Dampfmaschine mit dem rechten Bein in die Maschine geraten war, wobei er einen Oberschenkelbruch erlitten hatte.

In der **neuen städtischen Krankenkasse** in der Leipzigerstraße hat eine Erweiterung stattgefunden. Es finden dort von jetzt ab auch Frauen und Kinder in der Abteilung für äußerliche Krankheiten Aufnahme, während Männer mit äußerlichen Krankheiten wie bisher nur in der althablichen Krankenkasse aufgenommen werden.

Auf dem **Städtertag** in Berlin wird Magdeburg durch Herrn Oberbürgermeister Schneider und Herrn Stadtschulrat Platen vertreten.

**Bausenfall.** Freitag früh gegen 1/9 Uhr verunglückte ein dem Neubau der Beschickungsgesellschaft Wilhelmus vor dem Ulrichsthor ein Arbeiter. Beim Anwinden eines Sandsteines beschäftigt, sollte die Waage plötzlich wieder nach unten, und der Stein fiel mit seiner ganzen Schwere dem Arbeiter auf den Körper. Besinnungslos lag der Kerne da.

Dem **Magdeburger Bankverein** ist die Mitteilung zugegangen, daß das Bankgeschäft Adolf Kahn (Kommanditgeschäft) in Brandenburg geschlossen worden ist. Der Inhaber, Georg Kahn, wohnt auf dem Hausboden erklärt gefunden. Die Firma war vom Magdeburger Bankverein mit 300 000 Mark kommanditiert.

Das **Volksbad** benutzten in der Woche vom 27. Januar bis inkl. 2. Februar 1033 Männer und 90 Frauen, insgesamt 1123 Personen. Es wurden 359 Handtücher verbraucht.

Die **Prüfung** behufs Anstellung als Fleischbesamung fand am Donnerstag, den 5. März d. J. und folgender Tage in Gegenwart des sächsischen Ausschusses und Bischofs hier selbst statt.

Der **provinziallandtag** der Provinz Sachsen ist, wie der Reichs- und Staatsanzeiger mitteilt, zum 1. März nach Merseburg beufen worden.

**Experimente mit Röntgen Strahlen**

machte in einer speziell hierzu eingeladenen Gesellschaft Herr Fabrikant Hauswaldt, unterstützt von Herrn Oberlehrer Dr. Herbst und Herrn Wally Berger. Ueber die Experimente berichtet die Magdeburgerische Zeitung: Nach dem Herr Oberlehrer Dr. Herbst in kurzen Worten das Wesentliche der in Betracht kommenden Apparate und Kraftwirkungen ausinandergesetzt hatte, begann der erste Versuch zur Herstellung einer jener bekannten Photographien, indem eine gewöhnliche photographische Platte, in eine Kasse eingeklopfen und mit einem schwarzen Tuch verhängt, den Röntgenstrahlen ausgesetzt wurde. Auf das Tuch wurde alsdann eine Anzahl metallene Gegenstände aus Gold, Silber und Eisen gelegt, von denen sich einige wieder in Lederhüllen oder Futteralen, Fortemonnaie befanden; daneben lag eine Aluminiumplatte in der Stadt



von 1 mm und vielleicht 12 qcm groß. Ueber den größten Teil der Gegenstände wurde ein 1 cm starke Holzplatte gelegt und das Ganze 12 Minuten den X-Strahlen, die für das Auge unsichtbar blieben, ausgesetzt. Nachdem die Platte im Dunkelzimmer präpariert worden war, zeigte das Negativ die absolute Durchlässigkeit der Holzplatte, da auch nicht die leiseste Andeutung von einer Abweichung der bedeckten gegen die unbedeckte Fläche der photographischen Platte zu erkennen war. Dagegen zeigte Aluminium einen bemerkbaren Schatten, so daß dem Anschein nach (Messapparate wurden nicht benutzt) wohl so ziemlich die Hälfte der Strahlen beim Durchgang durch dies Metall vernichtet war. Die übrigen Metallgegenstände fanden sich in vorzüglich gegliederten (Schatten-) Abbildungen auf der Platte, wobei von den Federumhüllungen sich nur leise Andeutungen vorfanden. Eben so gut glückte die Abbildung einer Hand, ihrer undurchlässigen Teile, der Knochen, sowie eines Ringes am Finger. —

**Andreasberg i. Harz.** (Dynamit-Explosion) Hier sollte gestern Dynamit in einem Arbeiterhaus aufstecken werden. Das Dynamit explodierte, und das Haus wurde vollständig zerstört, wobei ein Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt wurden. —

**Sotha.** (Feuer.) Im nahen Dorfe Sotha verbrannte ein Feuer drei gefüllte Scheunen ein Wohnhaus und mehrere Stallgebäude. Viele Schweine und Schafe verbrannten. —

**Rieder bei Ouedlinburg.** (Diebstahl.) Diebe stahlen in der Nacht zum Sonntag aus der hiesigen Postagentur 45 Mark. Bei einem weiteren Einbruch in das Haus eines Gastwirtes wurden die Diebe gefaßt. —

**Ein Eisenbahnunfall infolge Arbeitsüberbürdung.**

Am 29. November v. J. erfolgte durch falsche Weichenstellung auf dem Bahnhof Blumenberg ein Eisenbahnunfall. Die Weiche 7, deren Stellung den Unfall herbeiführte, ist nicht verschleißbar und hat einen Konstruktionsfehler. Da am genannten Tage der Zug verspätet eintraf, war eine andere als die gewohnheitsmäßige Stellung angeordnet. Diese Weiche bediente der Hilfsweichensteller Karl Hartmann aus Groß-Wanzleben, der den Unfall dadurch herbeiführte, daß er eingeschlafen war und beim Aufschrecken die andere angeordnete Stellung nicht beachtete. Ja, warum schlief denn der Weichensteller ein? „Ein Eisenbahnbediensteter hat doch die Pflicht, mit Anspannung all seiner Kräfte thätig zu sein, hat nicht zu schlafen!“ werden viele sagen. Doch die Ursachen seiner Ermüdung kennen die so Schwägenden nicht. In der Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht Magdeburg kamen am Donnerstag diese Ursachen ans Tageslicht. Man höre: Der Weichensteller hatte 14 Nächte hinter einander Nachtdienst und zwar je 12 Stunden. Dazu mußte er einen weiten Weg von und nach seiner Wohnung machen. Bei seinen 240 Mark Tagelohn hat er nur eine kleine Wohnung, in der in den Wintertagen seine vielen Kinder umherlärmten, so daß er fast gar nicht schlafen kann. Die Unfallnacht war die zwölfte seines Nachtdienstes! Nun fragen wir: wird es noch einen Menschen geben, der auf den so überbürdeten Weichensteller einen Stein wirft? War jeder Vernunft müßte derjenige sein, der es wagen würde. Der Gerichtshof, welcher durch den Buchstaben des Gesetzes verpflichtet ist, hatien Ärmsten zu verurteilen, sowie der Staatsanwalt hatten Mitleid mit demselben; unter Würdigung dieser Umstände nahmen sie bei der Aburteilung das geringste Strafmaß: einen Tag Gefängnis. Die Ursache derartiger Vorkommnisse trifft das falsche Sparsystem der Eisenbahnverwaltung. Ueberhörsche auf Ueberhörsche sollen gemacht werden zur Deckung der durch Militär- und Marineausgaben herbeigeführten Staatskrediten, aber Ueberhörsche auf Kosten der Eisenbahn-Angestellten. Anstatt an jene Weiche zwei Personen, die sich gegenseitig ablösen, zu stellen, hat es die Eisenbahn-Verwaltung vorgezogen, nur einen Mann hinzustellen, da wird ja pro Tag 240 Mark gespart! —

**Abgegebene.**

In der Volks-Zeitung lesen wir: In Verfolg der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten v. Windheim, in welcher derselbe Arbeitslose vor dem Zugang nach Berlin warnt, hört man in letzter Zeit von zugereisten Handwerksburschen, die beim Betteln erwischt wurden, daß ihnen im Polizeipräsidentium aufgegeben worden sei, Berlin innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Im Weigerungsfalle sind Geldstrafen von 100—280 Mark resp. Haftstrafen von 10—28 Tagen angedroht. Auf diese Weise kann wohl der Arbeitslose von der Hauptstadt abgedrängt, nicht aber die Zahl der Arbeitslosen vermindert werden. —

**Berlin.** (Eisenbahnunfall.) Dienstag nachmittags wurde dem Bahnwärter Ferd. Beder bei einer Streckenrevision zwischen der Paul- und Weidenstraße durch einen Vorstoß der Kopf vom Kranne getrennt. **Königsberg.** (Duell-Unfall.) Ein Duell unter den kaiserlichen Bedingungen fand am Donnerstag früh in Königsberg in Pr. Stadt zwischen dem Lieutenant der Feldartillerie Seidenhider und dem Gerichtsschreiber Borchert. Lieutenant Seidenhider wurde schwer verwundet und starb nach einer halben Stunde. Die Ursache zum Duell war ein zeitiger Streit, der zwischen beiden auf einem am Sonntag festgesetzten Maskenball entstanden war. —

**Für Transport einer erstochenen Leiche.**

Von der Witwe des erstochenen Steinbildhauers Steiger ist auf Requisition des Magistrats von der Polizei für Transport einer erstochenen Person ein Betrag von 1.92 Mk., wörtlich eine Mark und zweiundneunzig Pfennig, eingezogen worden. Der Transport erfolgte, wie der Generalanzeiger in Potsdam seinerzeit mitteilte, auf einem städtischen Faehweg. —

**Reichenhall.** (Der Bismarckbrunnen.) Das bayerische Staatsministerium hat, wie die Allgemeine Reichs- Nachrichten berichten, auf eine Eingabe entgegnet, daß die Errichtung eines projektierten Bismarckbrunnens nicht statthaft ist. Es ist allerdings Zeit, daß dem hyperantischen Personalismus, den manche Bismarckbrunnen mit ihrem Abgott treiben, eine kalte Dusche appliziert wird. —

**Brand.** (Brand in einer Feueranstalt) Großes Unglück hat der Brand der Feueranstalt verursacht. 1000 Festungsgesellen saßen beim Brande im Gebäude. Viele wollten die Hellen nicht verlassen oder brangen in die Flammen, andere stürzten, zumeist unbedeckt ins heiße Öl. Hund von Festungsgesellen boten den Kruppen entsetzten Widerstand und warfen zwei Soldaten in die Flammen. Einige weibliche Festungsgesellen zerrückten sich dem Schicksal, indem sie gegen die Mauer

rannten, andere versuchten, ihre Wäter zu ermorden. Das Gebäude brannte gänzlich nieder. —

**Lebensrettung.** (Altschiffahrt) Im Schiffe des Dekonomen Bussenius kam ein Kaminlein mit zwei aufgelihten Köpfen zur Welt. —

**Ein Universitätsprofessor als Attentäter.**

Der suspendierte Universitätsprofessor Dr. Juan Quiquerez in Agram wurde wegen eines Attentats auf den Sektionschef Dr. Kršnjavi des Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung nach den §§ 152 und 155 des Strafgesetzes schuldig erkannt und zu sechs Monaten schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttag in jedem Monat, verurteilt. —

**Parlamentarische Nachrichten.**

Berlin, den 6. Februar 1896. Die Generaldebatte über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches wurde heute zu Ende geführt. Von hoher Bedeutung war die Rede des Genossen Frohme, es war eine in jeder Beziehung wohlgeungene, zugleich treffliche Antwort auf die Rede des Professors Sohm. Die Rede unseres Genossen zeichnete sich durch große Sachlichkeit aus und fesselte die Zuhörer vom Anfang bis zum Ende. Professor Sohm mag aus ihr entnommen haben, wie Volksvertreter zu behandeln und deren geistige Fähigkeiten zu beurteilen sind. Unser Genosse schlug den Professor mit seinen eignen Schriften, die er zum bürgerlichen Gesetzbuch herausgegeben und teilweise in schreiendem Gegensatz zu seiner gestrigen Rede standen. Beißend war der Spott, der aus Frohmes Rede klang. Daß dem Genossen Frohme der Angriff auf das Professorentum wohlgeungen, bewies die Haltung derer, die geglaubt, wenn Gott ihnen ein Amt gegeben, der Verstand in einer Hutschachtel nachfolgt. — Professor Sohm lief hin und her, hielt die rechte Hand an das rechte Ohr, die linke Hand an das linke Ohr; aber dieser mit einem menschlichen Leiden so schwer geplagte Mann, den die Antisemiten auf den Schild gehoben, öffnete nicht weiter den Mund, kein Ton entströmte seinen Lippen, auch seine Kollegen sprangen dem so arg in die Enge getriebenen Professor nicht bei — sie ließen ihn in der Batsche. Es giebt auch schadenfrohe Menschen — im Reichstage selbstverständlich nicht. Die Professoren, die sich erkühnen, sozialdemokratische Volksvertreter von oben herab zu behandeln, werden gelernt haben, daß mit denselben nicht gut Kirschen zu essen ist; sie werden auch froh sein, daß heute die Diskussion geschlossen ist. — Morgen u. a. Beratung der Gewerbe-novelle. —

**33. Sitzung vom 6. Februar, 1 Uhr.**

Ein schmerzlicher Antrag des Abg. Bismarck und Gen. (Antif.) betrie die Aufhebung eines gegen den Abg. Hirschel schwebenden Strafverfahrens wird ohne Debatte angenommen.

Sohm sagt das Haus die erste Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches fort.

Abg. Eneccerus (Mit.) erklärt im Namen seiner Freunde, dem Antrage Buchta-Schröder zuzustimmen. Von fast allen Rednern sei eine Veränderung des Bereinstimmungs-Ansatzes gewünscht worden. Da sei es doch notwendig, zu betonen, daß die Bereinstimmungen in dem Entwurfe schon einen sehr wichtigen und bedeutenden Fortschritt erhalten hätten. Sowohl das Erwerben der juristischen Persönlichkeit sowie die Reichs-sicherheit des Bestandes werden auf eine feste gesetzliche Basis gestellt. Redner bemängelt jedoch die Ausführungen des Abg. Stadthagen wegen der Bestimmungen über die Selbsthilfe der Mieter und das Pfandrecht. Von dem Wunsch des Abg. Spahn auf Vereinfachung der obligatorischen Civilheirathen weber bei der Konvention noch bei seiner Partei noch bei der Linken die Rede sein. In einem konfessionell gemischten Gremium könne die obligatorische Civilheirath nicht einsetzt werden. Der warme Ton in der Rede des Abg. Spahn lasse aber hoffen, daß das große Gesetzwerk nicht gegen, sondern mit den Stimmen des Centrum zu Stande kommen wird.

Abg. v. Wanteuffel (Konf.) Er habe fleißig die Civilheirath für ein Unglück gehalten. Nachdem sie eingeführt worden sei, habe er sich fügen müssen, aber wo er es habe thun können, werde er gegen die Civilheirath gestimmt und das auch in der Kommission gethan. Sollte sich diese Gelegenheit im Plenum wiederholen, so werde er dieselbe Haltung einnehmen und er glaube wohl auch ein großer Teil seiner Freunde mit ihm. Darin stimme er aber mit Buchta überein, wenn die Konventionen unterliegen, werden sie darum das bürgerliche Gesetzbuch nicht schneller lassen.

Abg. Frohme polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen Sohms, dessen Rede den Eindruck gemacht habe, als würde sie auf einem akademischen Kommerz gehalten von einem unreifen Studenten. Die ganze Arbeiterfrage müsse im Zusammenhang mit der ganzen sozialen Frage behandelt werden. Er erklärt die Reichsgesetzten-Vereinigung und Ziele, um den Widerstand seiner Partei gegen den Gesetzentwurf zu krügen. Man habe gesagt, das Gesetzbuch solle einen Ball gegen die Sozialdemokratie bilden. Ihr, wie gesagt, könne ein einseitiges Gesetzbuch nur recht sein und sie werde an seinem Zustandekommen mitwirken und Anträge zu Gunsten der Arbeiter stellen.

Abg. Stadthagen (Soz.) Herr Professor Sohm hat es richtig gefunden, gestern eine Reihe geschmackvoller Redensarten zum Besten zu geben. Er hat mich mit Herrn Geheimrat Bland verglichen; ich behaupte, daß ein Vertreter der Regierung, der von sich selbst behauptet, zu den Gebildeten zu gehören, es über sich genommen hat, die Person eines so verdienstvollen Mannes, wie Herr Geh. Rat Bland anzunehmen, zu einem solchen Vergleich zu benutzen. Aber über den Geschmack läßt sich nicht streiten, niemand kann aus seiner Haut heraus. (Zehr wahr! rechts. Große Heiterkeit.) Professor Sohm hat meine Wahrheitsliebe und andre Tugenden in Zweifel gezogen. Ich er nicht im Stande, zum Beweise dafür Thatsachen anzuführen, so überlass ich es der öffentlichen Meinung, was daraus für Folgerungen bezüglich des Wahrheitsliebesgefühls, des Gerechtigkeitsgefühls und des Anstandesgefühls des Herrn Professors Sohm, des demselben Professors am Ende des 19. Jahrhunderts, zu ziehen sind. Wenn ferner Prof. Sohm mit den Worten, ein wahrer Volksvertreter müßte geboren werden, etwas hat anderten wollen, was offen anzupreisen er vielleicht nicht für schicklich hält, so bitte ich ihn, keine Rücksicht zu nehmen, damit ich ihm die Antwort nicht schuldig zu bleiben brauche. Solche Anmerkungen gehen in direktem Widerspruch mit der Reichs-verfassung. Professor Sohm ist ja Premier und müßte als solcher eigentlich auch die Verfassung kennen, danach ist jeder Reichstagsabgeordneter Vertreter des ganzen Volkes. Ich bin in einem zum größten Teil bürgerlichen Wahlkreis gewählt, und wenn Professor Sohm in diesem Wahlkreise eine Rede halten würde, so würde ich sicher die sozialdemokratischen Stimmen noch krügen. Professor Sohm sagte ferner, ich passe nicht in die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch hinein. Ich würde aber so wie so an den Beratungen der Kommission nicht haben teilnehmen können, weil ich, wenn der Reichstag nicht tagt, gewöhnlich nicht an Duen bin, wo Kommissionen nicht zu tagen pflegen. (Heiterkeit) Herr Professor Sohm ist gar nicht in der Lage, meine Thätigkeit wüthigen zu können, er weiß gar nicht, was ich bin. Ich bin hier Volksvertreter. (Zuruf rechts: Sohm der Volksvertreter!) Ich vermittele mir solche Hohnsprüche, ich ähnele nicht im mindesten Herrn v. Bismarck. Aber solche Leute werden gerade dort gewählt, wo man uns durch polizeiliche Maßregeln verjüngert, Aufklärung und Bildung zu verbreiten. Warum sollen die einzigen, die die Einheit Deutschlands erstämpft haben, von dem einseitigen Recht ausgenommen werden? Das wird sich das arbeitende Volk nicht gefallen lassen. Mit Bezug auf die Gefinderordnung werden wir in Deutsch-

land doch wohl 1896 das verlangen dürfen, was Frankreich 1804 bereits erreicht hat. Die Ausführungen des Professors Sohm über den Dienstvertrag stimmen mit dem, was er in seiner früheren Schrift darüber gesagt hat, nicht überein. Der Herr Professor stellte sich gestern als Dienstmann vor (Heiterkeit), er meinte, es sei keine Schande, zu dienen, alle Staatsbeamte seien Diener. Ich freue mich, daß Professor Sohm dieser Ansicht ist, daß Arbeit keine Schande ist. Der Herr Professor hat ferner gesagt, es wäre Unsinn, wenn ich behaupte, der Entwurf ließe lebenslängliche Dienstverhältnisse zu. Aber Professor Dernburg hat ganz das selbe festgestellt. Von dem, was ich vorgehen gesagt habe, ist nichts sozialistisch, alles, was ich verlangte, kann heute schon durchgeführt werden. Ich bin jetzt mit dem Säcular-menschen fertig.

Meine Pflicht als Volksvertreter gebietet es mir, dagegen aufzutreten, daß ein neues civilgesetzliches Ausnahmegeretz eingeführt werden soll in dem Augenblick, wo die verfassungsmäßigen Parteien den Versuch zur Schaffung eines gleichen Rechts machen. Ich bitte aber die Regierung, den Behörden aufzugeben, durch juristische Zwirnsäden einen Wall gegen die Sozialdemokratie errichten zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte.

Da Abg. Kintelen inzwischen seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Dr. Buchta-Schröder zurückgezogen hat, so liegt nur noch dieser Antrag und der Gegenantrag Frhr. v. Stamm (rechte Kommission) vor.

Auf Vorschlag des Abg. Spahn (Str.) wird zunächst nur darüber abgestimmt, ob der Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werden soll. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Freikonserativen und der Konservativen mit wenigen Ausnahmen angenommen. —

Der zweite Teil des Antrags v. Buchta-Schröder, daß die Kommission einzelne Teile des Entwurfs annehmen kann, ohne in die Beratung einzutreten, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Centrum und einiger Antisemiten angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Interpellation Graf Schwerin-Löwitz und Gen., betr. Transillager, Gewerbeordnungs-Novelle.

In der Reichstagskommission für das „Margarine-gesetz“ ist am Donnerstag die erste Lesung der Vorlage beendet worden. Die §§ 12 bis 18, welche die Strafandrohungen für Verstöße gegen das Gesetz enthalten, blieben unverändert. Eingefügt wurde dem Gesetzentwurf auf Antrag des Abgeordneten Krüger (nationalliberal) folgender neue § 8a: „Die Beauftragten der Polizeibehörde haben über die Thatsachen und Einrichtungen, welche durch die Ueberwachung und Kontrolle der Betriebe zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Nachahmung der von den Betriebsunternehmern geheim gehaltenen, zu ihrer Kenntnis gelangten Betriebs-Einrichtungen und Betriebsweisen, so lange als diese Betriebsgeheimnisse sind, zu enthalten. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind hierauf von der unteren Verwaltungsbehörde ihres Wohnortes zu beedigen.“ Zu § 12 wurde sodann, ebenfalls auf Antrag Krüger, die Bestimmung angefügt, daß, wer als Beauftragter der Polizeibehörde unbefugt Betriebsgeheimnisse offenbart, welche kraft seines Auftrages zu seiner Kenntnis gelangt sind, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark, oder mit einer dieser Strafen bestraft wird. —

Die Justizkommission des Reichstags verhandelte am Mittwoch weiter über die Erweiterung des Privatklageverfahrens und zog bei verschiedenen weiteren Paragraphen die Konferenz der gestern gefassten Beschlüsse. Am Donnerstag wurde die erste Lesung der Justiznovelle beendet. Der Rest der Bestimmungen über das Privatklageverfahren wurde mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, ebenso Artikel III und IV der Vorlage. Namentlich sollen verschiedene von Vorstehenden Dr. Kintelen beantragte und bisher zurückgestellte Aenderungsvorschläge zur Diskussion gestellt werden. —

Bei der Reichstagswahl im Kreise Mayen-Ahrweiler waren bis Dienstag nachmittags 4 Uhr für den Centrums-kandidaten Wellenborn 2000, für Köhler 169 und für den Sozialdemokraten Hofrichter, den Redakteur der Rheinischen Zeitung, 374 Stimmen gezählt. Die Wahl des Centrums-kandidaten gilt als sicher. —

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin.** In der Patent-Hufeisen-Stollenfabrik von Leonhard u. Co., Saarbrückerstr. 30, legten von den 40 dort Beschäftigten 35 Mann die Arbeit nieder. Die Firma beabsichtigte, in nächster die dort beschäftigten Arbeiter nach und nach zu entlassen und an deren Stelle weibliche Arbeitskräfte einzustellen. —

**Berlin.** Lohnbewegung der Zimmerer. Die Zimmerer von hier und der Umgegend stellten in einer Versammlung Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse auf. Die Plagdeputierten-Versammlung schlägt den Berliner Zimmerleuten nun den 10. Februar als den Tag des Vorgehens vor. Wo es möglich ist, können die Forderungen schon am Sonnabend den Unternehmern unterbreitet werden. —

**Erismitschau.** Die große Buchstabenfabrik von Peter ist vollständig niedergebrannt. Genosse Wegler, Redakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung, der gegenwärtig eine viermonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, wurde hierhalb aus dem Gemeinderat ausgeschlossen. Dasselbe ist bei einer früheren Gelegenheit schon einmal geschehen, er wurde aber wiederberufen, und es ist nicht zu zweifeln, daß er bei erster Gelegenheit auch diesmal wieder in den Gemeinderat einziehen wird. —

**Aus Sachsen.** Heute (Freitag) abend findet in Stütteritz-Weipzig eine Protestversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage statt. In derselben referiert Abg. A. Debel. — In Dresden finden ebenfalls am Freitag sechs Massenversammlungen statt, in denen sechs Landtags-abgeordnete referieren. — Gegen den Wahlrechtsentwurf protestierte einstimmig eine Versammlung des national-liberalen Reichsvereins in Dresden, die am Donnerstag tagte. —

**Zur Konfektionsarbeiter-Bewegung.**

Um den Streit in der Konfektionsbranche glücklich zu ordnen, soll das Gewerbegericht in Berlin als Einigungsamt angerufen werden. Oberbürgermeister Reile wird morgen durch eine Deputation zur Mitwirkung ersucht werden. In der Schneider-Versammlung erklärten







## Arbeitslose heraus!

Am Montag vormittag 10 Uhr findet im „Vuisen-Park eine

### Versammlung

der arbeitslosen Arbeiter u. Arbeiterinnen

tatt. In derselben referiert Genosse Hugo Gärtner über die Entstehung der Arbeitslosigkeit, alsdann erfolgt der Bericht der Arbeitslosen-Kommission.

In Eurem eigenen Interesse liegt es, wenn Ihr alle arbeitslosen Brüder und Schwestern zum Besuch der Versammlung bewegt. —

### Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

#### Zur Konfektionsarbeiter-Bewegung.

Eine Versammlung in Hannover erklärte, sich der Bewegung anzuschließen. — Nachdem in Breslau die Unterhandlungen mit den Unternehmern zu keinem Ziele führten, wurde in einer Versammlung der Streik beschlossen. — Fest entschlossen, mit allen Mitteln die Forderungen durchzudrücken, sind auch die Konfektionsarbeiter in Wilhelmshaven. — Das Gewerkschaftskartell in Hamburg hat beschlossen, die Bewegung moralisch und materiell zu unterstützen. — Ebenso scheuen sich vor einem Streik nicht die Konfektionsarbeiter in Herford, Heidelberg, Stuttgart und Reutlingen. —

#### Oda Olbergs Buch

über das Elend in der Hausindustrie der Konfektion verrät die Tendenz der Klassenverheerung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung widmet dem auch von uns bereits angezeigten Buche „Das Elend in der Hausindustrie der Konfektion“ einen schamlosen Zeitartikel in der letzten Nummer. Man kann zweifellos die Art der Darstellung Oda Olbergs von irgend einem Standpunkte aus kritisierend angreifen, man kann ihren Forderungen zustimmen, aber auch sie ablehnen; aber eines darf man nicht: das Buch mit einigen veruemeuerischen Redensarten dem Scheiterhaufen übergeben. Wo der Geldsack der Kapitalisten getroffen wird, da beginnt bei ihren journalistischen Vertretern das Pathos der tiefsten sittlichen Entrüstung, das ist eine untrügliche Regel und paßt auch auf diesen Fall; aber wenn die Entrüstung alles übermächtig über diese Herren kommt, dann bleibt der kühnen Ueberlegung auch nicht mehr das geringste Platzchen: die Universal-Kraftphrasen werden hervorgeholt, die Worte der zitternden Entrüstung sprudeln hervor wie ein stürmischer Waldbach, und regelmäßig beschließen sie ihr lächerliches Geschrei mit dem beim Philister immer effektvollsten gellenden Ausruf: „Die Sozialdemokratie kommt, rette sich, wer kann!“ Oder was ist es anders, wenn das würdige Blatt des großen Binders und seiner ehrbaren Nachfolger sich folgende Sätze leistet:

Ein bei dem Lohnstreit nicht unmittelbar interessierter Leser, der jedoch in allen Fragen des öffentlichen Wohles, also namentlich an der wichtigen Frage des Arbeiterwohlens Anteil nimmt, aber unter

allen Umständen auch entschlossen ist, von den Sozialrevolutionären und ihren Helfershelfern sich nicht verschwindeln zu lassen, wirt ein Buch, das ihm gleich in den ersten Sätzen die Tendenz der Klassenverheerung verrät, ärgerlich und unwillig beiseite. Vielleicht hat er für immer die Lust verloren, sich mit einer Angelegenheit zu befassen, deren Fürsprecher ihm einmal im Blatte kommunistischer Heft erschienen sind. Leser, die naiv genug sind, durch die ganz einseitige Darstellung sich behören zu lassen, werden mit den Sängern, Naumann und Konsorten in den kommunistischen Chorus einstimmen. Ob davon aber nun die nothleidenden Arbeiter einen Nutzen haben, muß doch vor der Hand bezweifelt werden. Den Arbeitgebern selbst aber könnte es schließlich kein Mensch verdenken, sollten sie wie ihre Schranken so auch ihre Herzen verschließen, wenn das Literaturunwesen heutiger Zeit den Unternehmer, er mag für seine Arbeiter thun, was er will, von vornherein als einen schlechten Menschen brandmarkt.

Das ist wahrlich die richtige sittliche Höhe für die patentierten Vertreter der Ordnung, der Sitte und Religion, die den offenbarsten sozialen und wirtschaftlichen Schäden nicht abhelfen wollen, warum? weil sie glauben — nur glauben! — ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin habe sie aufgedeckt. —

\* In der **Norbfabrik** von Ab. Starke, Berlin, Wilhelmstr. 123, sind Lohnbifferenzen ausgebrochen. — In der **Buchdruckerei** von Hundt in Wilmungen streifen die Gehilfen. — Die **Spinder** werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Wermelskirchen in zwei Schuhfabriken der Lohn reduziert worden ist. —

#### Das gute Kapitalistenherz

gelangt durch folgenden Anschlag im Kasten der Portlandzement-Fabrik in Halle zum Ausdruck:

Sehr sehen wir uns genötigt, eine Lohnreduktion pro Mann und Stunde um 1 Pfennig vom 6. Februar 1896 in Abzug zu bringen.

Die Direktion.

Fertig ist die Kiste kein Wort der Erklärung, keine der Begründung. Laßt Euch gefallen, Ihr Arbeiter, oder paßt Euch hinaus; es giebt Arbeitskräfte genug, die sich auch dann noch anbieten, wenn „pro Mann und Stunde“ noch weitere Pfennige abgezogen werden. Daß solchem Auftreten eine gewerkschaftliche Organisation ein Damm setzen muß, wird wohl jeder einsehen. —

#### Unternehmer Organisationen.

Das Wolfische Telegraphenbureau teilt mit, daß am Sonntag, den 2. d. M., in Altona eine Versammlung von Vertretern fast aller deutschen Küstenschiffer-Vereinigungen des Nordsee- und Ostseegebietes tagte, an welcher die Reichstags-Abgeordneten Dr. Diederich Jahn und Liebermann von Sonnenberg teilnahmen. Auf Grund eines von den Einberufern Bröhan-Granz und Wölber-Osten und dem Amtsrichter Pottenbortz-Testedt entworfenen Statuts wurde ein „Verband deutscher Küstenschiffer“ zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gesamten deutschen Küstenschiffahrt begründet. Demselben traten sofort einige 20 Schiffervereinigungen bei. Der neubegründete Verband beschloß dann unter andern, eine Deputation nach Berlin zu entsenden, um wegen der Schädigung der heimischen Küstenschiffahrt durch die Konkurrenz der Holländer und Dänen vorstellig zu werden. —

#### Ausland.

\* Das Centralkomitee des schweizerischen **Eisenbahner-Verbandes** hat auf Sonntag, den 16. Februar, vormittags

eine allgemeine Eisenbahner-Versammlung nach Karau einberufen, die unter freiem Himmel tagen und definitive Beschlüsse betreffend Streik fassen wird. — Die **Gärtner** in Zürich sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer von 120 Mann besuchten Versammlung wurden folgende Forderungen aufgestellt: Maximalarbeitsstag im Sommer 10, im Winter 8 Stunden. Minimalstundenlohn 40 Cts., Monatslohn neben Kost und Logis beim Meister 40 Fr., 14tägige Lohnzahlung und 25 Prozent Lohnzuschlag bei Ueberzeit- und Sonntagsarbeit. — Unter den **Bergarbeitern** der Borinage in Belgien fängt es wieder zu gären. Nach der Königlich-Zeitung haben die Zechenverwaltungen auf das eine Lohnerhöhung fordernde Schreiben des Verbandes der Bergleute nicht geantwortet. Der auf der jüngsten Tagung der letzteren in Bois de Bouffu eingesetzte Ausschuß hat die Berufung eines abermaligen Kongresses nach Bouverie angeregt, um über die weiteren Schritte zu beraten. Etwa tausend Arbeiter sind in Bouffu nicht angefahren, weil die Verwaltung die geforderte Aenderung der Grubenlöhne abgelehnt hat. — Der **internationale Bergarbeiterkongress** sollte in diesem Jahr in Bütlich zusammentreten. Dieser Plan läßt sich nicht aufrechterhalten. Das klerikale belgische Ministerium hat seinerzeit die französischen Deputierten Camendin und Basly, ehemalige Bergarbeiter, aus Belgien ausgewiesen und ist nicht zu bewegen, das Verbot rückgängig zu machen. Infolgedessen wird der Kongress auf Wunsch der Vertreter der englischen Bergarbeiterorganisationen in London tagen. —

### Soziales.

#### Aus dem Haushalt eines Berliner Arbeiters.

Dem Vorwärts liegen die sorgfältigen Eintragungen über wöchentliche Arbeitsstunden und Wochenverdienst (abzüglich der üblichen Kassenbeiträge eines Hilfsarbeiters bei Rohrleitungen vor, der von Anfang November 1892 bis Ende Oktober 1895 ununterbrochen beschäftigt war, und zwar bis zum 23. Oktober 1895 auf ein und derselben Stelle. Die genauen Zahlen folgen hier:

Monat	1892/93		1893/94		1894/95	
	Arbeitsstunden	Verdienst M.	Arbeitsstunden	Verdienst M.	Arbeitsstunden	Verdienst M.
November	245	65,22	203 1/2	61,20	272 1/2	72,18
Dezember	183	48,83	253	66,76	184 1/2	48,52
Januar	189	60,—	207	54,79	168	43,90
Februar	244	54,92	212 1/2	56,30	197 1/2	52,09
März	251	66,70	218 1/2	57,39	240 1/2	63,28
April	202	53,70	205	54,30	193 1/2	50,92
Mai	192 1/2	55,39	195	51,43	267 1/2	70,74
Juni	297 1/2	79,51	293	77,81	200 1/2	67,13
Juli	239 1/2	63,87	240	63,80	216 1/2	57,25
August	241 1/2	64,18	197	78,91	275 1/2	72,89
September	300	79,85	218	57,75	232 1/2	62,36
Oktober	231 1/2	61,54	217 1/2	57,60	244	70,60
<b>Wocht im Jahre</b>	<b>2816 1/2</b>	<b>743,81</b>	<b>2760</b>	<b>733,10</b>	<b>2693</b>	<b>731,86</b>
Dd. wöchentl. im Durchschnitt	54	14,30	53	14,19	51	14,07

### Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

#### Im Exil.

841 Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

„Ich bitte Dich, Mutter“, sagte René in flehendem Tone.

Frau Messant antwortete nichts. Sie ging hinaus, und wenige Sekunden später stand Cayrolaz vor dem Bette, auf dem der Kranke lag.

„O, mein lieber Keil“, stammelte er, „wenn ich daran denke, daß ich Dich in diesen Zustand gebracht habe!“

Seine Stimme zitterte und versagte fast, als er fortfuhr:

„Ich wollte Dich um Verzeihung bitten. Ich danke Dir, daß Du mich anhören willst.“

René war von der Bewegung seines ehemaligen Kameraden gerührt, dachte auch an jene Notiz, welche die erste Ursache ihres Streites gewesen war und sagte sanft aber doch bitter:

„Wegen des Degenstiches zürne ich Dir nicht mehr, ich hatte ihn wohl verdient. Aber den Artikel verdiente ich nicht, der wie ein hinterhältig verabreichtes Dolschisch war.“

„Ach, Du weißt nicht, wie wütend ich deshalb auf mich selbst bin!“ rief Cayrolaz. „Ich bin dumme, ich bin niederträchtig gewesen. Du hast recht, wenn Du es sagst. Ich mache mir täglich Vorwürfe und werde es mir immer vorwerfen. Dieser alte Schurke, der Bernheim, hat mir eine schmutzige Arbeit zugemutet.“

„Aber warum hast Du sie angenommen?“ sagte René.

Cayrolaz schwieg einige Augenblicke. Er schien vor einem Geständnis, daß ihm schwer wurde, zu zögern. Endlich begann er mit der plötzlichen Entschlossenheit eines Mannes, der sich in das Wasser stürzt, mit leiser Stimme:

„Du mußt alles erfahren. Ich fürchtete meine Stellung beim Unparteiischen zu verlieren, weil ich Geld brauchte, viel Geld. Du fragst, warum? Nun, ich überließere Dir mein Geheimnis. Ich habe eine Frau und vier Kinder. Eine Frau, die ich nicht heiraten kann, weil sie verheiratet ist, eine Französin, die mich dort drüben in Amerika geliebt, die mir alles geopfert hat, die mir nach Paris gefolgt ist und der ich, das wirst Du zugeben, ein Stück Brot und auch ein wenig Komfort schuldig bin.

Für sie und unsere Kleinen habe ich soviel zusammengeschrieben, den Rücken gebeugt, bin ich eine Schreibmaschine geworden, ein Mädchen für alles. Wir wollten eben leben.“

Cayrolaz las auf René's Antlitz ein nur schlecht verhülltes Staunen. Er fuhr traurig fort:

„Ich verstehe, Du erkennst Cayrolaz nicht wieder, der immer sagte: Ich pfeife auf alles. Siehst Du, ich will mich nicht besser machen, als ich bin. Ich bin der Versuchung gegenüber schwach. Ich liebe ein behagliches Leben, ich mache es mir zum Vorwurf. Ich habe nicht, wie Bernier und Du, den Mut, arm zu sein. Aber, glaube mir, ich würde niemals einen Freund verraten, eine Niederträchtigkeit begangen haben, wenn ich nicht gefürchtet hätte, nicht nur mir, sondern auch den Meinigen den Lebensunterhalt abzuschneiden. Glaubst Du mir, Messant?“

„Armer Bursche!“ sagte René mitleidig.

„O ja, armer Bursche!“ erwiderte Cayrolaz. „Ein armer Bursche, der das Gewand eines behaglichen Epikuraers trägt! Da ich sie so lange getragen, klebt die Maske jetzt fest auf dem Gesicht. Schließlich bin ich wirklich so geworden, wie ich sein wollte. Ich habe schließlich mit der Ehre und dem Leben von Menschen gespielt, die hundertmal besser waren als ich, und ich weiß wirklich nicht mehr, ob ich noch im Stande bin, wieder in die Haut des braven Burschen, der seinen Freunden, wenn nicht gar seinen Ideen treu bleibt, zurückzutreten. Doch habe ich es versucht. Am Tage nach unserem Duell habe ich den Unparteiischen laufen lassen. Es war mir, als müßte ich dort fortan in Dein Blut getauchtes Brot essen. Ich weiß wohl, daß dadurch nichts besser wird, leider. Willst Du mir trotzdem verzeihen, Messant, und mir die Hand reichen?“

René reichte ihm schweigend die Hand. In diesem Augenblick erichien Frau Messant, die durch die lange Dauer der Unterhaltung, die den Kranken ermüden mußte, beunruhigt war. Ihr Sohn wies auf Cayrolaz, der gedemütigt und traurig mit gesenktem Kopfe fortging.

„Mutter“, sagte er, „gieb ihm auch die Hand. Er ist unglücklicher als ich.“

9.

Und wieder verging ein Tag nach dem andern. René begann aufzustehen und umherzugehen. Aber als er zum

ersten Male die Treppe hinabsteigen wollte, war seine Wunde aufgebrochen und er war von neuem zur Ruhe verurteilt.

Dennoch litt er weniger, als er gefürchtet hatte, unter dieser gezwungenen Ruhe. Er konnte lesen, schreiben, und es war ihm sogar durch Cayrolaz' Vermittelung gelungen, einige Aufsätze und Skizzen zu veröffentlichen. Eine schwache Bewegung der Sympathie schenkte sich für ihn geltend zu machen, seit man wußte, daß er verwundet war, und die letzten Monate waren einträglich genug gewesen, um ihm zu gestatten, daß er seine Genesung geduldig abwartete.

Allein, warum hatte sein Freund Henry Roveray, sein Herzensbruder, ihm nur ein lakonisches Billet geschickt, das sich unter der Fülle der übrigen Bezeugungen der Teilnahme und der Wünsche fast verlor? René wußte, daß er sich nach ihm erkundigte hatte, als seine Thür noch vor anderen verschlossen gehalten wurde. Aber seitdem waren diese wenige Zeilen gekommen. Zweifellos war Henry für die Osterferien nach der Schweiz gegangen. Und dennoch wunderte und betrübte dieses Schweigen den Konvaleszenten.

Endlich erkannte er den Poststempel Bevy auf einem schwarzumranderten Briefe, den er in fieberhafter Hast nicht ohne eine Vorahnung öffnete. Das Schreiben lautete folgendermaßen:

„Mein lieber Lehrer und Freund!  
Nein, wir haben Sie hier nicht vergessen, wir haben in der letzten Zeit viel an Sie gedacht. Doch waren wir selbst durch sehr ernste Ereignisse in Anspruch genommen. Meine Schwester ist seit drei Wochen Witwe...“

René unterdrückte einen Schrei. Annette, Wimmel Annette frei! Sollte das Glück ihm wirklich noch einmal leuchten? Mit der mitleidlosen Grausamkeit der Leidenschaft gegen alles, was sich ihr in den Weg stellt, sah er in dem Tode des Mannes, der ihn von der jungen Frau trennte, nur das Verschwinden eines Hindernisses.

Er wollte weiterlesen. Aber der Brief zitterte ihm in der Hand, die Buchstaben tanzten ihm vor den Augen. Er mußte einige Minuten warten, um die Fortsetzung lesen zu können.

(Fortsetzung folgt.)



